

Afghanistan

Erfolge beim Wiederaufbau absichern

Der Einsatz der internationalen Gemeinschaft für Afghanistan und das darin eingebettete Engagement Deutschlands ruhen unverändert auf der Entschlossenheit, Afghanistan zu stabilisieren und aufzubauen. Es geht darum, der afghanischen Bevölkerung zu helfen, ihre Lebensbedingungen zu verbessern und den staatlichen und gesellschaftlichen Wiederaufbau fortzusetzen. Deshalb stehen CSU und CDU weiterhin zu einer Verlängerung des ISAF-Mandates als Grundlage des zivil-militärischen Wiederaufbaus.

Der internationale Terrorismus darf Afghanistan nicht wieder als Ruhe- und Rückzugsraum nutzen können. Insofern dient das Afghanistan-Engagement unmittelbar deutschen Interessen. Am Ende dieses Aufbauprozesses soll eine staatliche Ordnung stehen, die über ausreichend effektive Sicherheits- und Justizorgane verfügt, um sich selbst gegen die verbleibenden Gefahren des Terrorismus und der organisierten Kriminalität zur Wehr setzen zu können.

Politisch-ziviler Wiederaufbau macht Fortschritte

Auf der Grundlage von Wahlen entstehen Staatsorgane, die schrittweise an Funktionsfähigkeit gewinnen. Die internationale Gemeinschaft konnte gemeinsam mit der afghanischen Regierung eine beachtliche Entwicklung anstoßen, wengleich vor allem aufgrund der unterschiedlichen Sicherheitslage nicht alle Regionen im selben Maße davon profitiert haben.

Seit 2001 wurden in Afghanistan 3500 Schulen gebaut, die Zahl der Schüler hat sich auf ca. 6 Mio. mehr als verfünffacht. Die Alphabetisierungsrate steigt kontinuierlich. Rund drei Viertel der Bevölkerung hat heute Zugang zu medizinischer Grundversorgung. Ausbau und Verbesserung der Infrastruktur machen sich vor allem in den städtischen Zentren deutlich bemerkbar. Die Handlungsfähigkeit der afghanischen Zentralverwaltung erhöht sich zunehmend:

Stabilisierung und Wiederaufbau durch ISAF

Afghanistan braucht weiterhin militärische Unterstützung. Noch geht es in Afghanistan nicht allein um Wiederaufbau, sondern ebenso darum, dass die bewaffneten Kräfte der Taliban oder Al-Qaida nicht wieder die Oberhand gewinnen. Wenn die Rückkehr von Gewalt und terroristischen Strukturen verhindert werden soll, darf die internationale Staatengemeinschaft bei ihren militärischen Anstrengungen nicht nachlassen.

Deutsches Engagement nicht überfordern

Die Bundeswehr hat als drittgrößter Truppensteller mit bis zu 3.500 Soldaten Verantwortung für Afghanistans Norden, der rund ein Viertel des afghanischen Territoriums umfasst und ungefähr halb so groß ist wie Deutschland. Daher sollte der Einsatz der Bundeswehr auch künftig grundsätzlich – entsprechend dem gültigen Mandat des Bundestages - auf den Norden und Kabul beschränkt bleiben, so wie es zwischen den NATO-Partnern abgesprochen ist. Die zunehmend gespannte Sicherheitslage spricht dagegen, unsere verfügbaren Kräfte – etwa durch Übernahme neuer Aufgaben außerhalb des Kernmandatsgebietes – zu überfordern. Erweiterungen des Mandates würden den Rahmen dessen sprengen, was die Bundeswehr momentan zu leisten im Stande ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

mit dem Thema Bahnreform verbinden sich schwierige Entscheidungen, die für die Zukunft unserer Verkehrsinfrastruktur von grundsätzlicher Bedeutung sind. Letztlich geht es um die Frage, wie wir die Chancen der Bahn im internationalen Wettbewerb sichern, die Marktchancen von Wettbewerbern verbessern und zugleich die Verantwortung des Staates für den Ausbau des Schienennetzes wahren können. Politische Entscheidungen in diesen Bereichen müssen deshalb sehr wohl überlegt sein.



Mit der Bahnreform wollen wir mehr Wettbewerb auf der Schiene schaffen. Diesem Ziel dient die beabsichtigte Teilprivatisierung der in Staatseigentum befindlichen Deutschen Bahn AG. Voraussetzung ist jedoch, dass der Bund auf Dauer Eigentümer des gesamten Schienennetzes bleibt. Die ganz überwiegende Mehrheit der Bevölkerung hätte kein Verständnis dafür, wenn unser Schienennetz als eine der Hauptverkehrsadern unseres Landes zum Gegenstand rein wirtschaftlicher Interessen würde. Die Öffnung der Schiene für den Wettbewerb darf nicht zu Lasten der Netzqualität gehen.

Um seine Verantwortung für die Verkehrsinfrastruktur auch in Zukunft wahrnehmen zu können, braucht der Staat bei der Bedarfsplanung starke Rechte. Deshalb brauchen wir klare Regelungen, was die künftig teilprivatisierte DB AG für die Milliarden steuerfinanzierter Investitionen beim Schienennetz leisten muss. Zugleich müssen Regulierungsmaßnahmen ähnlich wie im Telekommunikationsbereich gefunden werden, die einseitig die Wettbewerber der DB AG benachteiligende Entgelte für die Nutzung des Schienennetzes verhindern. Diese und weitere Fragen müssen im nun begonnenen Gesetzgebungsverfahren eindeutig beantwortet werden.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Peter Ramsauer MdB
Vorsitzender der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag

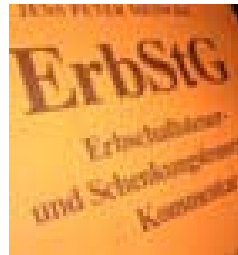
Erbschaftsteuer

Bei Betriebsübergaben am „Abschmelzmodell“ festhalten

Die politische Arbeitsgruppe zur Erbschaftsteuerreform hat in dieser Woche wichtige Weichen vor allem in der Frage der erbschaftsteuerlichen Behandlung von Betriebsübergaben gestellt. Die CSU-Landesgruppe begrüßt ausdrücklich das Festhalten an dem in der Koalition fest vereinbarten „Abschmelzmodell“. Nach diesem Modell soll die Erbschaftsteuer bei Betriebsübergaben zunächst jährlich gestundet und schließlich entfallen, wenn der Betrieb 10 Jahre weitergeführt wird.

Dass die Arbeitsgruppe unter Leitung von Bundesfinanzminister Steinbrück und Hessens Ministerpräsident Koch die weiteren Arbeiten auf Basis dieses von der Union entwickelten Modells vereinbart haben, ist nicht selbstverständlich. Zuletzt hatten etliche führende Vertreter großer Wirtschaftsverbände im Gegensatz zum Gros ihrer mittelständischen Mitgliedsfirmen ein anderes Modell in die Diskussion gebracht. Bei diesem sog. Abzinsmodell würde jedoch anders als beim Abschmelzmodell die anfallende Erbschaftsteuer nicht nach einer bestimmten Zeit der Unternehmensfortführung endgültig entfallen, sondern allenfalls gesenkt. Ersteres ist jedoch

das erklärte Ziel der CSU-Landesgruppe und entspricht Koalitionszusagen an die betroffenen Betriebe.



Die Bewertung sowohl des Betriebsvermögens als auch des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens zur erbschaftsteuerlichen Heranziehung muss sich an den realistisch

zu erwartenden Erträgen orientieren. Auch diese Forderung befindet sich bei der Arbeitsgruppe in guten Händen und auf gutem Weg.

Die Vermögensübertragung auf Ehegatten, Kinder und Enkel soll durch großzügige Freibeträge weitgehend freigestellt werden. Damit wird die Familie gestärkt und sichergestellt, dass hart erarbeitetes Vermögen ohne übermäßigen Zugriff des Staates den nächsten Generationen übergeben werden kann. Die notwendigen Arbeiten an der Erbschaftsteuerreform sollten nunmehr bald zum erfolgreichen Abschluss gebracht werden können.

Diese Woche

Afghanistan Erfolge beim Wiederaufbau absichern	S. 1
Erbschaftsteuer Bei Betriebsübergaben am „Abschmelzmodell“ festhalten	S. 2
Drogenpolitik / Suchttherapie Ausstiegsorientierung muss oberstes Ziel bleiben	S. 2
Gespräch mit Regionaldirektion Bayern Arbeitsmarktinstrumente vereinfachen	S. 3
Satelliten-Projekt Galileo Forschung nicht gegen Landwirtschaft ausspielen	S. 3
Bundestagsabgeordnete treffen das Technische Hilfswerk Ehrenamtliches Engagement der blauen Engel gewürdigt	S. 4
Bildungspolitik OECD-Studie von begrenztem Wert	S. 4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Drogenpolitik / Suchttherapie

Ausstiegsorientierung muss oberstes Ziel bleiben

Die Ergebnisse eines zweijährigen Modellvorhabens in verschiedenen deutschen Städten zur heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger lassen aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion viele Fragen offen. Heroin (Diamorphin) als neue Drogentherapie für Schwerstabhängige in die Regelversorgung der gesetzlichen Krankenversicherung aufzunehmen, ist nach Aussage von Sachverständigen aus Ärzteschaft, Wissenschaft und Krankenversicherungen problematisch. Dies ist das Fazit einer umfassenden Expertenanhörung im Gesundheitsausschuss vom Mittwoch dieser Woche.

Die Behandlung von Patienten mit Diamorphin hat sich im Modellvorhaben gegenüber einer Methadonbehandlung nicht eindeutig als überlegen erwiesen. Zudem lässt sich in der Regelversorgung die Gruppe der Abhängigen, die Anspruch auf eine Diamorphinbehandlung hätten, nicht klar eingrenzen. Die daraus resultierenden Finanzlasten der Krankenkassen wären nicht abschätzbar.

Die Diamorphinabgabe zeigt insbesondere in der Schweiz, dass sie keinen wirklichen Ausstiegsscharakter vorweist. Dort sind die Patienten-Dosen im Durchschnitt der letzten Jahre gestiegen. Darüber hinaus steigt die Verweildauer der Patienten, die sich in

der diamorphingestützten Behandlung befinden, kontinuierlich an. Dieses ist mit einer ausstiegsorientierten Drogentherapie nicht vereinbar.

Sachverständige, auch auf Ärzte- und Kassenseite, sehen es als zwingend notwendig an, weitere Fragestellungen zur Diamorphinabgabe zu klären, insbesondere die Ausstiegsorientierung und die Anforderungen an die Patientengruppe. Es wäre überaus problematisch, eine noch nicht vollständig erschlossene Therapieform in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung aufzunehmen, ohne die Risiken für die Betroffenen und die Beitragszahler klar festgestellt zu haben.

Gespräch mit Regionaldirektion Bayern

Arbeitsmarktinstrumente vereinfachen

Die CSU-Landesgruppe traf sich am Mittwochnachmittag mit der Führung der bayerischen Regionaldirektion der Bundesanstalt für Arbeit zu einem gut zweistündigen Erfahrungsaustausch. Der Dialog mit den Vertretern aus der Praxis der Arbeitsvermittlung verfolgte insbesondere das Ziel, neue Impulse zur weiteren Verbesserungen der Vermittlungs- und Eingliederungsmaßnahmen zu gewinnen.

Teilnehmer des Gesprächs auf Seiten der Generaldirektion Bayern waren der scheidende Vorsitzende der Geschäftsführung, Dr. Andreas Stöhr, sein Nachfolger, Rainer Bomba, der Geschäftsführer der Abteilung Grundsicherung, Dr. Franz Prast sowie die Leiterin der Abteilung Zusammenarbeit mit der Landespolitik, Uta Rauschert. Übereinstimmend stellten die Teilnehmer der gut zweistündigen Meinungsaustauschs fest: Bayern profitiert wie kein anderes Bundesland vom wirtschaftlichen Erfolg, der mit der unionsgeführten Bundesregierung zurückgekehrt ist. Mit einer Arbeitslosenquote von 5,1 Prozent im August 2007 hatte Bayern den zweitniedrigsten Stand im Vergleich der Bundesländer. Es wurden 5.858 mehr Ausbildungsstellen als im Vorjahr gemeldet, das ist eine Steigerung um 8,3 %. Die gute Verfassung des bayerischen Arbeitsmarktes

zeigt sich auch in der steigenden Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Nach neuesten Hochrechnungen lag diese Zahl im Juni 2007 bei rd. 4,4 Millionen - 96.000 mehr als im Juni 2006.



Hartmut Koschyk und Max Straubinger im Gespräch mit der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit

Diese hervorragende Entwicklung muss nunmehr abgesichert werden. Dazu sind insbesondere die Anstrengungen für diejenigen zu intensivieren, die als Geringqualifizierte gelten.

Noch gibt es zu viele Menschen auf der Suche nach einer beruflichen Perspektive. Vorrangiges Ziel sollte es sein, dass auch die Menschen am Arbeitsmarkt Fuß fassen können, die schon länger Arbeit suchen,

Die CSU-Landesgruppe wird sich mit aller Kraft für eine stärker dezentrale Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik einsetzen. Das Personal vor Ort soll mehr Ermessensspielräume erhalten, um die Hilfen noch schneller und passgenauer einsetzen zu können. Dafür ist ein Katalog mit wenigen, aber leicht handhabbaren Instrumenten von hohem Nutzen, wie ihn die Bundesagentur für Arbeit vorgeschlagen hat. Die CSU-Landesgruppe unterstützt daher den Ansatz der Bundesagentur für Arbeit, die Anzahl der arbeitsmarktpolitischen Instrumente zu verringern nachdrücklich.

Satelliten-Projekt Galileo

Forschung nicht gegen Landwirtschaft ausspielen

Auf Kritik der CSU-Landesgruppe ist der Vorstoß der EU-Kommission gestoßen, zur Finanzierung des europäischen Satelliten-Projekts Galileo „Umschichtungen“ im EU-Haushalt vorzunehmen. Eingriffe plant die EU-Kommission hier wohl vor allem im Bereich der Landwirtschaft.

Zwar begrüßt die CSU-Landesgruppe, dass sich die EU-Kommission klar für die Realisierung von Galileo ausgesprochen hat. Die vorgeschlagene Finanzierung und Umsetzung des europäischen Projektes lehnt sie aber ab, wenn sie zu Lasten der Landwirte ausfallen sollte. Eine Absenkung der Haushaltsmittel für die Landwirtschaft kann nicht in Frage kommen. Für die Bauern ist finanzielle Planungssicherheit dringend notwendig, um die Herausforderung zu Strukturanpassungen ohne Verwerfungen des Marktes zu bewältigen. Gerade die Milchbauern brauchen vor dem Hintergrund eines möglichen Endes der Milchquote eine sichere Perspektive. Eine Kürzung der Finanzmittel

bedeutete einen Vertrauensbruch der Politik gegenüber den Bauern.



Zum anderen muss gewährleistet sein, dass Deutschland als größter Nettozahler in Europa ausreichend von den Rückflüssen aus dem EU-Haushalt profitiert. Die bereits geleisteten Investitionen und die aufgebauten Strukturen für das Galileo-Projekt dürfen nicht zerstört werden.

Die große Herausforderung wird bei der europäischen Raumfahrtagentur ESA liegen, um in einem Gesamtpaket die vorhandenen Strukturen zu erhalten und dennoch unter Wahrung des Wettbewerbsgedankens die Effizienzvorteile des Marktes zu nutzen. Ohne Verhandlungsspielraum der ESA läuft das Projekt wieder in eine Sackgasse.

Sollte die EU-Kommission nicht zu einem fairen Finanzierungsverfahren bereit sein, dann kann Galileo nicht unter der Federführung der EU-Kommission realisiert werden. Für diesen Fall bliebe der Weg, Galileo als Kooperationsprojekt derjenigen Partner umzusetzen, die auch die finanziellen Mittel stellen.

Bundestagsabgeordnete treffen das Technische Hilfswerk

Ehrenamtliches Engagement der „blauen Engel“ gewürdigt

Im Rahmen der bundesweiten „Woche des bürgerschaftlichen Engagements“ würdigten die Mitglieder des Deutschen Bundestages den Einsatz der Helferinnen und Helfer des Technischen Hilfswerks. Unvergessen bleibt der lebensrettende Einsatz der „blauen Engel“ bei Flutkatastrophen in aller Welt ebenso wie bei allen denkbaren Hilfseinsätzen in ihrer deutschen Heimat.

Zu der Präsentation ihrer Arbeit waren Hunderte THW-Angehörige am Dienstag zum Reichstagsgebäude nach Berlin gereist, wo es auch zu zahlreichen Begegnungen von CSU-

Bundestagsabgeordneten mit bayerischen Regionalvertretern kam.



Dr. Ramsauer mit Helfern aus seiner Heimat

Würdigung fand vor allem das ehrenamtliche Engagement dieser einmaligen Organisation auf allen Ebenen, das das THW zu einer wich-

tigen Stütze der Gesellschaft macht. Die Veranstaltung „MdB und THW – Helfen verbindet“ fand zwischen Paul-Löbe-Haus und Reichstag statt und musste wegen der widrigen Wetterverhältnisse in ein Festzelt verlegt werden. An einer rund 40 Meter langen Werkbank konnten die Bundestagsabgeordneten ihr handwerkliches Können demonstrieren und einen verkürzten Technikparcours absolvieren. Höhepunkt war ein Sägen auf Zeit. Übrigens: Der schnellste „Säger“ benötigte für das zwölf Zentimeter dicke Stück Holz gerade einmal 9,28 Sekunden. Das Bohren dicker Bretter in der Politik dauert meist länger.....



Wolfgang Zöllner ist selbst „blauer Engel“



Hartmut Koschyk; „stramm gestanden“ zum Gruppenbild



Dr. Hans-Peter Uhl am „Bayerntisch“

Bildungspolitik

OECD-Studie von begrenztem Wert

Zweifel an der Aussagekraft des jüngst vorgestellten OECD-Bildungsberichts zur Lage in Deutschland hat die CSU-Landesgruppe artikuliert. So wird immer wieder auf die im Vergleich zum OECD-Durchschnitt geringere Studienanfänger- und Hochschulabsolventenquote in Deutschland hingewiesen. Zwar sind die Zahlen rechnerisch richtig. Politische Schlüsse rechtfertigen sie aber nicht. So werden in dem Vergleich Sachverhalte miteinander verglichen, die nicht vergleichbar sind.

Alle verglichenen Bildungssysteme haben ihre Besonderheiten. Zur deutschen Besonderheit gehört die duale Berufsausbildung. In anderen Ländern gibt es dagegen zur Hochschulbildung nur die „Alternative“ ungelernte Kraft. Auch bei uns werden Krankenschwestern, Hebammen und Rettungsassistenten ausgebildet; nicht an Hochschulen, dafür aber fachlich mindestens so gut wie bei anderen und dazu noch praxisnah. Auch Fachwirte, Fachkaufleute, Industrie- und Handwerksmeister erwerben in Deutschland zwar kein Hochschulzertifikat, in den Kammerprüfungen wird den Prüflingen aber

nicht weniger abverlangt als an vielen Hochschulen. Gleiches gilt für die vielfältigen anspruchsvollen betrieblichen Ausbildungen (z.B. Fachinformatiker, Mechatroniker etc.), die nicht zuletzt für viele Hochschulzugangsberechtigte echte Alternativen zum Studium darstellen. Immerhin entschieden sich zuletzt knapp 30 Prozent der Abiturienten für diese Ausbildungen, deren Absolventen gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.

Aussagekräftiger als Akademikerquoten ist der Anteil der Bevölkerung mit einem Abschluss der Sekundarstufe II. Dieser Bevölkerungsteil

verfügt über eine gute Grund- und Fachbildung und steht für qualifizierte Tätigkeiten bereit. Und in dieser Kategorie liegt Deutschland mit 84 Prozent weit über dem OECD-Durchschnitt von 67 Prozent (zuletzt 2. Platz hinter Norwegen). Nicht die Art des Abschlusses ist also entscheidend, sondern die tatsächliche Qualifikation. Nicht auf den Hochschulstempel kommt es an, sondern auf die Einsatzfähigkeit des Absolventen im Betrieb. Und insofern ist Deutschland mit seinem praxisnahen Ausbildungssystem gegenüber hochverschuldeten Systemen durchaus im Vorteil.